

Festhalten am konservativen Familienbild

Abweichende Meinungen zur Familieninitiative sind in der Walliser CVP die Ausnahme

Die Walliser CVP positioniert sich klar rechts von der Mitte. Sie hat damit Erfolg. Nur wenige Exponenten stören sich an der starken Betonung konservativer Wertvorstellungen.

LUZIUS THELER, SITTEN

Wer das traditionell-konservative Familienbild der Walliser CVP verstehen will, kommt um die Lektüre eines kleinen Bändchens von rund 100 Seiten nicht herum: «Les Darbellay – quand on est descendus» beschreibt das Schicksal der 15-köpfigen Bergbauernfamilie in den 1950er Jahren. Die Eltern sehen im

«Heiratsstrafe»-Initiative

Eidgenössische Abstimmung
vom 28. Februar 2016

kleinen Bergdorf im Val de Bagnes keine Zukunft für ihre 13 Kinder. Sie verkaufen Hab und Gut, und die Familie lässt sich im Talgrund bei Martinach nieder. Da unten wollen die Darbellays nach oben: Sie verdingen sich als Tagelöhner, arbeiten in Fabriken, erweitern ihren landwirtschaftlichen Besitz, und sie halten zusammen wie Pech und Schwefel. Das kürzlich von Arthur und Charly Darbellay aufgelegte Büchlein ist im Wallis ein Bestseller: Der Vater und der Onkel von CVP-Präsident Christophe Darbellay schildern darin die Entbehrungen in den entlegenen Dörfern und Weilern, die Perspektivenlosigkeit für die zahlreichen Sprösslinge der Grossfamilien und dann den Weg in die Emigration innerhalb des eigenen Kantons. Diese Abwanderung haftet tief im kollektiven Gedächtnis der Walliser Bevölkerung. Das Vorwort zum Buch hat übrigens alt Bundesrat Pascal Couchepin geschrieben. Er verhehlt darin seine Bewunderung für die Darbellays nicht, eine Familie immerhin, die doch mit ihrer Niederlassung in der radikalen Hochburg Charrat den politischen Gegner stärkte, nämlich die Konservativen. Das Werk der beiden jüngsten Kinder der Grossfamilie zeichnet nebenbei die tiefen Gräben nach, die sich damals in vielen Walliser Ortschaften quer



Wie eine traditionelle Familie auszusehen hat, ist in der Walliser CVP keine Frage.

GAETAN BALLY / KEYSTONE

durch die Bevölkerung bis hinein in alle Vereine zogen: Ein Konservativer ging nur in seine Dorfwirtschaft, trat einzig den Musik- oder Sportvereinen seiner Couleur bei, und die Radikalen hielten es genauso. Die alten historischen Fehden prägten das politische Klima.

Traditionelle Familie

Serge Métrailler, der Präsident der Welschwalliser CVP und damit der wichtigsten politischen Kraft des Kantons, hat das Darbellay-Opus noch nicht gelesen. Er relativiert jedoch die Einschätzung, die CVP hänge einem traditionellen, gar rückwärtsgewandten Familienbild nach: Die CVP des welschen Kantonsteils nehme die Veränderungen in der Gesellschaft sehr wohl zur Kenntnis. Es gebe ja auch im Wallis die verschiedensten Formen des Zusammen-

lebens, sagt er. «Allerdings setzt unsere Partei einen starken Akzent bei der traditionellen Familie.» Diese dürfe man nicht aus den Augen verlieren, und in diese Richtung zielt auch die Familieninitiative. Bezüglich der eingetragenen Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare habe man überdies die Voraussetzungen geschaffen, um wichtige Fragen etwa im juristischen Bereich zu klären. Die CVP Wallis bekenne sich als wichtigste Sektion klar zur CVP Schweiz; er habe nicht den Eindruck, dass die CVP Schweiz zu links politisiere, sagt Métrailler. Sie spiele im Gegenteil sehr geschickt das Zünglein an der Waage, und das werte ihre Rolle auf.

Anders sieht das Anton Andenmaten, der Präsident der Oberwalliser CVP, der «Schwarzen». Er habe in den letzten Jahren in der eigenen Basis häufig den Vorwurf gehört, die CVP positioniere sich zu weit links. Im Kantonsparlament fuhr die CVP Oberwallis unter dem Einfluss des neugewählten Ständerats Beat Rieder als Fraktionschef und seines Nachfolgers Philipp-Matthias Bregy in den vergangenen Jahren einen prononcierten Rechtskurs. Sie hatten Erfolg damit. Ihr Flügel, der im Oberwallis zusammen mit der Schwesterpartei, den Christlichsozialen, weit über 60 Prozent Wähleranteil erreicht, hat die gesamte Walliser CVP nach rechts gerückt.

Noch deutlicher wird ein Abgeordneter, der seine Einschätzung nur ohne Namensnennung preisgibt: «Wir haben unsere Politik in den vergangenen Jahren konsequent auf eine eigene Basis gestellt; mit den Positionen der CVP Schweiz hätten wir die letzten Wahlen nicht gewonnen. Zwischen einer CVP-Nationalrätin aus Zürich und unsern

Leuten in Bern liegen doch Welten. Wir halten uns nicht an das Parteiprogramm, sondern sind pragmatisch. Wir sind eine wertkonservative Partei – mit der Betonung auf konservativ.»

Das Rezept ist einfach: Gegen den Wolf, für die traditionellen Werte gerade in der Familienpolitik und liberal in Wirtschaftsfragen, ausser wenn es, wie so oft, um den Verteilungskampf zwischen den Kantonen geht oder etwa um die Verteidigung der Wasserkraft. Das zahlt sich aus: Die «Schwarzen» konnten ihre Mandate im Grossen Rat halten, sie verteidigten ihren Ständeratssitz, und die C-Familie gewann mit dem Christlichsozialen Roberto Schmid bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober gar einen vierten Sitz zurück.

Exotische Farbtupfer

Aber das Porträt einer Walliser CVP, die einfach nur die bessere SVP gibt, wäre schief. Die Partei kommt selbst im wichtigsten Stammland facettenreicher und widersprüchlicher daher, als es auf den ersten Blick scheint. «Wir laufen doch nicht die ganze Zeit im Edelweisshemd in der Gegend herum», betont Philipp Matthias Bregy.

Zu den Farbtupfern in der CVP Oberwallis zählt Grossrat Francesco Walter aus dem Goms. Er ist der Intendant des erfolgreichen Musikdorfs Ernen. Wie hält er es als Homosexueller mit der Familieninitiative seiner Partei? Als Bürger und auch als Politiker befürwortete er die Abschaffung der Heiratsstrafe klar, sagt Walter. Hingegen lehne er die Initiative ab, weil sie die Ehe als Institution einzig zwischen Mann und Frau in der Verfassung verankern will. «Das kann ich nicht unterstützen. Das entspricht nicht meinen Einstellungen, denn dieser Passus ist diskriminierend.» Er erachte das Projekt einer «Ehe für alle» als richtig.

Auch die Briger Nationalrätin Viola Amherd bekennt sich zu einem breiteren Ehebegriff. Solche Auffassungen bleiben aber in einer Partei hoffnungslos in der Minderheit, die ein verändertes Familienbild immer erst dann und oft auch nur partiell übernimmt, wenn die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen keine andere Haltung mehr zulassen.

«Wo es Differenzen gibt, stehe ich zur FDP»

Der freisinnige Fraktionschef Ignazio Cassis über Krankenkassen-Lobbying, Ärztestopp und kantonale Einheitskassen

Herr Cassis, der Waadtländer Regierungsrat Pierre-Yves Maillard (sp.) kritisiert Sie, weil Sie gleichzeitig die FDP-Fraktion, den Krankenkassenverband Curafutura und die Gesundheitskommission des Nationalrates präsidieren (siehe Zusatz). Tragen Sie zu viele Hüte? Nein. Über mein Kommissionspräsidium müsste sich Maillard eigentlich freuen. Denn dieses Amt führt dazu, dass ich innerhalb der Kommission kaum noch politisieren kann, sondern vor allem administrative Arbeiten leiste.

Heikler ist aber die Kombination der beiden anderen Mandate. Der Vorwurf steht im Raum, die Kassen hätten Sie gekauft. Ach, diese ewige Diskussion über sogenannte Interessenkonflikte. Die Vision der Linken ist ein Berufsparlament. Ich hingegen bin ein Befürworter unseres Milizparlaments. Und in diesem vertritt fast jeder Politiker die Interessen von mindestens einem Verband, das ist ein Ausdruck der politischen Organisation der Schweiz und nötig für die direkte Demokratie. Wer glaubt, mit Berufspolitikern könnte die Schweiz besser fahren, soll einen Blick ins Ausland werfen.

Welsche Konsumentenschützer wollen die Lobbyisten der – auch durch die obligatorischen Prämien finanzierten – Kassen aus dem Parlament verbannen. Auf



Ignazio Cassis
FDP-Fraktionschef

Sie gemünzt, sagen sie, die Chefs von SRG, Swisscom und Post sässen schliesslich auch nicht im Bundeshaus.

Der Vergleich hinkt. Ich bin weder Angestellter einer Krankenkasse, noch sitze ich in einem Verwaltungsrat – auch wenn ich solche Mandate für legitim halte, wohlgeachtet. Zudem gehören die Krankenversicherer nicht dem Staat, anders als Post oder SBB.

Wem gilt denn Ihre Loyalität, wenn Curafutura etwas anderes will als Ihre Partei? Wo es Differenzen gibt, da stehe ich zu meiner Partei. Doch solche kommen kaum vor, sonst hätte ich das Präsidium auch nicht übernommen. Ich habe keine Lust auf dauernde Konflikte. Curafutura und die FDP haben die gleichen Ziele, beide wollen ein wettbewerbsorientiertes, liberales Gesundheitssystem.

Es gibt nie einen Interessenkonflikt? Selten. Curafutura war gegen den Komatrinker-Vorstoss von Toni Borto-

luzzi, ich habe mich im Parlament stets dafür eingesetzt.

FDP und SVP haben in der Wintersession den Ärztestopp ausgehebelt. Haben Sie da Ihre Fraktion auf die Linie der Krankenkassen gebracht?

Curafutura hätte mit einer Verlängerung des Ärztestopps leben können, und auch Santésuisse hat das Geschäft nicht aktiv bekämpft – selbst wenn dies Maillard populistisch insinuiert, um ein Bild der ach so bösen Krankenkassen zu zeichnen. Nein, die FDP war von Beginn weg gegen den Ärztestopp, weil wir Moratorien allgemein für ein untaugliches Instrument halten. Der Ärztestopp hin-

derte eine ganze Generation junger Ärzte daran, ihren Beruf frei auszuüben.

Die SP warnt vor einer Kostenexplosion, weil ausländische Spezialärzte ungehindert Praxen eröffnen können.

Hätten wir denn keine Kostenexplosion in den Zeiten des Ärztestopps? Dieser ist das falsche Instrument; stattdessen sollten Kassen und Leistungserbringer über mehr marktwirtschaftliche Instrumente verfügen, damit nicht einfach jede Rechnung von Spitalern und Ärzten bezahlt werden muss.

Es gibt Pläne für eine Initiative, die kantonale Einheitskassen ermöglichen wür-

de. Was spricht denn aus Ihrer Sicht dagegen?

Eigentlich nichts, ich bin ja ein überzeugter Föderalist: Wenn die Bevölkerung eines Kantons eine öffentliche Kasse will, soll sie eine solche einführen können. Das ist auch ein Punkt, in dem ich eine andere Position habe als manche Krankenkasse. Allerdings müsste sich eine öffentliche Kasse im Wettbewerb beweisen, als zusätzlicher Anbieter.

Das ist aber nicht im Sinne der Linken. Nein, sie wollen eine staatliche Monopol-Kasse. Das ist natürlich mit dem FDP-Credo nicht vereinbar.

Interview: Simon Hehli

Vorwürfe und Impulse aus der Westschweiz

aku. Lausanne · Gleich zwei Volksinitiativen will der Waadtländer Gesundheitsminister Pierre-Yves Maillard (sp.) lancieren, um die steigenden Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen. Dies kündigte Maillard im Gespräch mit dem «Blick» an. Erstens soll es Führungskräften von Krankenkassen oder Krankenkassenverbänden künftig verwehrt sein, im Parlament zu sitzen. Ein solches Mandat stelle die Unabhängigkeit eines Politikers infrage. Im Visier hat Maillard Nationalräte wie Ignazio Cassis, Präsi-

dent des Krankenkassenverbands Curafutura, oder Jürg Stahl, Mitglied der Geschäftsleitung von Groupe Mutuel. Zweitens kündigt der SP-Regierungsrat die Lancierung einer Initiative an, die es ermöglichen würde, kantonale Einheitskassen ins Leben zu rufen.

Wer bei Maillard nachfragt, merkt: Spruchreif sind diese Pläne noch lange nicht. Er habe nur gesagt, was aus seiner Sicht nötig sei, gibt er zu Protokoll. Selbstverständlich werde er sich aber engagieren, sollte eine Initiative lanciert

werden. Federführend in beiden Dossiers ist die Westschweizer Stiftung für Konsumentenschutz (FRC). Am weitesten fortgeschritten ist das Projekt «kantonale Einheitskassen»: Der Entwurf für den Initiativtext liege vor, sagt der FRC-Generalsekretär Mathieu Fleury. Nun gelte es, möglichst viele Akteure an Bord zu holen. Fleury kündigt die Lancierung der Initiative bis Mitte 2016 an. Und die Lobby-Frage? Es hätten entsprechende Diskussionen stattgefunden, sagt Fleury. Konkret sei aber noch nichts.